

Korte konkret **DIE LINKE.**

Zeitung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte für den Wahlkreis Anhalt und den Harz

www.jankorte.de

www.facebook.com/jankortembd

Mit Milliarden aus der Krise - aber wer bezahlt die Rechnung?



Die Corona-Krise bestimmt seit Monaten unser aller Leben und hat nach kürzester Zeit offengelegt, auf wen es in der Gesellschaft ankommt: Auf das Krankenhauspersonal, auf Pflegehilfskräfte, Busfahrer, Kassiererinnen, Lkw-Fahrer, Paketbotinnen, Lagerarbeiter und viele mehr. Menschen, die unverzichtbare, aber überwiegend schlecht bezahlte Arbeit leisten.

Sie werden beklatscht und als Helden des Alltags gefeiert. Aber die wirklichen Verbesserungen ihres Lohns und ihrer Arbeitsbedingungen bleiben aus. Wo bleibt der Pflegegipfel? Wo der Gipfel zum Aufbau eines krisenfesten Gesundheitssystems? Stattdessen trifft sich die Kanzlerin mit der Automobilindustrie.

Wir in der LINKEN wollen, dass für diese Krise nicht diejenigen zahlen müssen, die

ohnein schon genug Probleme haben. Wir wollen, dass nicht die Allgemeinheit für die Krisenkosten zahlt, sondern die, die es sich leisten können. DIE LINKE fordert vom reichsten Prozent der Bevölkerung eine einmalige Vermögensabgabe und wir wollen mit einer Steuerreform die Lasten von unten nach oben verteilen. Außerdem muss das Gesundheitssystem entprivatisiert werden. Und zuletzt muss das Verhältnis von Politik und Wirtschaft unmissverständlich neu ausgerichtet werden: Dass Konzerne im Regelfall maximale Freiheit für sich und ihre Aktionäre beanspruchen, Dividenden in die Höhe treiben und Einnahmen über Steueroasen abwickeln, im Krisenfall aber beim Staat anklopfen, um die Hilfe der Steuerzahler zu verlangen – das darf es in Zukunft nicht mehr geben!

Liebe Leserinnen und Leser,

als ich nach den ersten Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen im Wahlkreis unterwegs war, habe ich eines immer wieder gehört wenn es um die Hilfspakete und Konjunkturmaßnahmen der Regierung ging: „Das zahlen ja sowieso wieder wir“, so die Überzeugung vieler. Und wenn die Konzerne nach Hilfe aus öffentlichen Geldern rufen, während sie gleichzeitig noch die Gewinne des letzten Jahres an ihre Aktionärinnen und Aktionäre ausschütten, wird einem klar, dass etwas gewaltig schief läuft im Land, und dass dringend etwas geändert werden muss.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich im Bundestag für einen grundlegenden Politikwechsel einsetzt. Nicht die Allgemeinheit, sondern die Reichen sollen endlich von dem Geld, was im Leben kein normaler Mensch ausgeben könnte, etwas abgeben. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen an erster Stelle stehen und nicht die Konzerne.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass es diesmal nicht so läuft wie immer!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

A handwritten signature in blue ink that reads 'Jan Korte'.



Für ein staatliches, top finanziertes Gesundheitssystem!

Seit mehreren Jahren häufen sich in Anhalt-Bitterfeld, im Salzlandkreis und weiteren Regionen in Sachsen-Anhalt die Hiobsbotschaften über finanzielle Schief lagen von Krankenhäusern und die Schließungen von Fachabteilungen. Die Zerbster Geburtenstation, die Staßfurter Notaufnahme und das Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen sind Beispiele für die verfehlte Gesundheitspolitik von CDU/CSU und SPD. Wir sagen Nein zum Krankenhaus-Sterben. DIE LINKE fordert eine wohnortnahe Versorgung von Patientinnen und Patienten. Eine weitere Schwächung der Krankenhausversorgung lehnen wir ab.

Auch im Kampf der AMEOS-Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen und ordentliche Tariflöhne zeigen sich die Auswirkungen der Privatisierung und



Gewinnstreben im Gesundheitswesen. Bereits vor der Corona-Krise war unser Gesundheitssystem auf Kante genäht. Der Irrweg, Krankenhäuser auf Effizienz und Gewinn zu trimmen, hatte den Effekt, dass Personal reduziert und Fachabteilungen geschlossen wurden. Gleichzeitig schütteten die fünf größten Krankenhauskonzerne in

Deutschland 2019 zusammen fast eine Milliarde Euro Dividenden aus.

Zukünftig muss ausgeschlossen werden, dass Klinikkonzerne mit der Gesundheit der Bevölkerung Kasse machen. Auf keinen Fall darf es so weiter gehen wie bisher. Ich fordere eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenden Parteien zur Entprivatisierung und zum gemeinwohlorientierten Wiederaufbau des Gesundheitssystems. Es muss wieder das Prinzip „Staat vor Markt“ gelten. Denn die Bevölkerung hat ein Recht auf eine öffentlich organisierte, kostendeckende und bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung – und die Beschäftigten in medizinischen Berufen und in der Pflege haben ein Recht auf einen gut bezahlten Job, den sie gerne machen und der sie nicht kaputt macht.

Mit Transparenz gegen käufliche Politik



Jan Korte: „Wir Bundestagsabgeordneten werden mit öffentlichen Geldern für unsere Arbeit gut bezahlt. Deshalb sollte es eine Selbstverständlichkeit für alle – auch die CDU – sein, Nebeneinkünfte auf Euro und Cent offenzulegen.“

Die Affäre um die CDU-Nachwuchshoffnung Philipp Amthor zeigt besonders deutlich was im Verhältnis von Politik und Geld nicht stimmt. Der Einfluss der Lobbyisten auf die Politik hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht, weil die wenigen bestehenden Anti-Korruptions-Regeln zu lasch sind und zu wenig kontrolliert werden.

Seit 2008 fordert DIE LINKE deshalb ein verpflichtendes Lobbyregister. Gleich zu Beginn dieser Wahlperiode hat sie dazu einen Gesetzentwurf eingebracht. Doch bislang gab es kaum Chancen, dass endlich mehr Transparenz in Bundesregierung und Bundestag einkehren, weil Union und SPD mauerten. Auf Druck der Öffentlichkeit musste die Koalition nun versprechen im Herbst einen Vorschlag für ein verbindliches Lobbyregister vorzulegen.

Was sich erst einmal gut anhört könnte sich allerdings am Ende als eine weitgehend wirkungslose Mogelpackung erweisen. Denn in der Diskussion ist ein Schmalspur-Register ohne gesetzliche Grundlage, welches die

meisten Lobbyaktivitäten gar nicht erfasst.

Notwendig ist deshalb ein gesetzlich verpflichtendes, umfassendes Lobbyregister ohne Schlupflöcher, das für Bundestag und Regierung gilt und einen ‚legislativen Fußabdruck‘ beinhaltet. Nur wenn Abgeordnete nachvollziehen können, welche Leute aus den Ministerien sich mit welchen InteressenvertreterInnen getroffen haben und vor allem welchen Einfluss diese Gespräche auf einen Gesetzentwurf hatten, können sie fundiert darüber abstimmen. Noch wichtiger sind diese Angaben für Wählerinnen und Wähler: So sehen sie, wessen Interessen die Bundesregierung berücksichtigt und können ihr Handeln nachvollziehen.

Der Fall Amthor zeigt, dass zukünftig auch strengere Regeln für Nebeneinkünfte gelten müssen, inklusive der Offenlegung aller geldwerten Vorteile wie Aktienoptionen. Auch dazu hat DIE LINKE einen Regelungsvorschlag gemacht. Es ist bedauerlich, dass gerade die CDU-Abgeordneten so ein Problem damit haben, mit offenen Karten zu spielen.

Gregor Gysi über Jan Kortes Buch »Die Verantwortung der Linken«

Im Magazin „clara“ der Fraktion DIE LINKE im Bundestag ist eine Rezension von Gregor Gysi zu Jan Kortes im Frühjahr erschienenem Buch „Die Verantwortung der Linken“ erschienen. Wir veröffentlichen hier einen Auszug:

„Jan Korte nimmt Bezug auf eine Debatte, die die gesellschaftliche und kulturelle Linke der letzten Jahre dominierte, die Debatte über den »progressiven Neoliberalismus«. Gemeint ist die Tatsache, dass von bestimmten politischen Akteuren, die man einer »gemäßigten Linken« zurechnen könnte, sowohl Prozesse der neoliberalen Deregulierung als auch Prozesse der kulturellen Modernisierung vorangetrieben worden sind. In Deutschland stehen dafür exemplarisch die rot-grünen Regierungsjahre. Der progressive Neoliberalismus erzeugt Fortschritt für Bestimmte, aber ebenso sozialen Abstieg für große Teile der Beschäftigten.

Dabei ist entscheidend, dass Jan Korte diese Debatte nicht um einen weiteren akademischen oder feuilletonistischen Beitrag bereichern möchte, sondern diese Prozesse aus der Sicht derjenigen Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises rekonstruiert, die zu einem großen Teil einst DIE LINKE wählten, inzwischen aber



mit Hoffnungslosigkeit auch auf DIE LINKE reagieren. »Ihr versteht uns nicht!« Und hier ergreift Korte Partei. Und zwar für die Abgehängten, für die, die sich zurückgelassen fühlen. Er empfiehlt Einfühlung.

Worauf der Autor hinweist: Soziale Gruppen produzieren ihre Wahrheiten. Jan Korte möchte, dass DIE LINKE, aber auch die Linke insgesamt, diese Wahrheiten ernst nimmt. Sie solle aber nicht dabei stehenbleiben und diesen Wahrheiten unkritisch hinterherlaufen, sondern sie soll die Menschen selbst, die diese Wahrheiten produzieren, ernstnehmen. Und das ist nicht so einfach, weil es oft über eine kulturelle Kluft hinweg geschehen muss.“

Korte kurz:

Unterstützung für die Vereine im Wahlkreis



Spendenscheck für die Jugendarbeit der Ruderer in Bernburg

Zusammen mit dem „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“ wurden auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Projekte, Vereine und Initiativen im Wahlkreis Anhalt und Harz finanziell unterstützt. Seit der Bundestagswahl im Herbst 2017 sind über Jan Korte nun schon 26.550 Euro an regionale Initiativen gespendet wurden.

Von den Geldern des Fraktionsvereins, an den die Abgeordneten der Linksfraktion die Diätenerhöhungen im Deutschen Bundestag weitergeben, profitierten zuletzt u.a. der Anglerverein in Zerbst, der Förderverein vom Schwimmbad in Nienburg, die Kegler vom TSV Aken, der Ruderclub in Bernburg und die KZ-Gedenkstätte in Langenstein-Zwieberge. Mehr Informationen zur Unterstützung durch den Fraktionsverein gibt es in den BürgerInnenbüros (s. Seite 4).

Rettungsschirm für Dörfer und Städte

Bürgermeister schlagen Alarm. Durch die Corona-Krise sinken die Steuereinnahmen vieler Städte und Dörfer deutlich. In persönlichen Gesprächen informierte sich Jan Korte vor Ort über die finanzielle Situation. „Immer mehr Gemeinden blicken mit Sorge auf die Entwicklung, mehrere haben bereits Haushaltssperren verhängt. Die aufziehende finanzielle Krise der Kommunalhaushalte zwingt die Bundespolitik zum Handeln“, so Korte. Seine Fraktion fordert mit allem Nachdruck die Errichtung eines kommunalen Schutzschirmes.

„Unsere Dörfer, Städte und Landkreise laufen durch die sinkenden Steuereinnahmen zunehmend Gefahr, ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Wir wollen verhindern, dass massive Gebührenerhöhungen oder ein Kahlschlag bei Infrastruktur-Investitionen, Sozialem, Kultur und Sport die Folge der Corona-Krise sind.“

Konkret fordert DIE LINKE die Übernahme von Zins- und Tilgungsverpflichtungen überschuldeter Kommunen durch den Bund, einen Solidarpakt III für strukturschwache Kommunen und die Aussetzung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen von Gewerbesteuern der Kommunen an den Bund.

Gespräche am Gartenzaun

Oppositionsauftrag: Regierungskontrolle

Initiativen der Fraktion DIE LINKE
im Bundestag seit der letzten
Bundestagswahl:

2.589

Darunter 427 Anträge, 28 Gesetz-
entwürfe, 1957 Kleine Anfragen, 3 Große
Anfragen, 104 Entschließungsanträge,
47 Änderungsanträge

Stand 7/2020

Als Opposition zeigen wir mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen, was wir als DIE LINKE besser machen würden. Und wir nehmen einen Auftrag besonders ernst: Die Kontrolle der Regierung. Wir haken nach und bringen Informationen in die Öffentlichkeit, die ohne unsere kritischen Fragen nie ans Tageslicht gekommen wären. Wir bohren nach, so sehr, dass sich die Bundesregierung darüber beschwert. Wir meinen: Wenn die Regierung von sich aus mehr informieren würde, müssten wir nicht so viel fragen. Unser Ziel: Dass politisches Handeln in Berlin nachvollziehbarer für Bürgerinnen und Bürger wird und die Regierung verantwortungsvoll handelt.

Besuchsfahrten zum Bundestag



Rund tausend Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis waren seit der Wahl zu Gast im Bundestag

Seit dem Beginn dieser Wahlperiode im Herbst 2017 hat Jan Korte fast tausend Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld, dem Salzlandkreis und der Harzregion in Berlin willkommen geheißen. Organisiert durch das Bundespresseamt erhalten Interessierte einen ganz direkten Einblick in die Arbeit ihres Abgeordneten in der Bundeshauptstadt. Für Jan Korte ist es eine gute Tradition geworden, auf diese Weise vor allem ehrenamtlich engagierten Menschen Dank für ihr bürgerschaftliches Engagement in ihren Heimatorten zu sagen. Auch künftig soll Gruppen, Vereinen und Schulklassen die Möglichkeit gegeben werden, das politische Berlin kennenzulernen. Bitte wenden Sie sich bei Interesse an das Berliner Büro oder ein Bürgerbüro im Wahlkreis (s. Seite 4).



Zwischen den Sitzungswochen im Berliner Bundestag ist Jan Korte so oft wie möglich im Wahlkreis unterwegs, um sich in persönlichen Gesprächen über Anliegen oder Sorgen zu informieren. BürgerInnensprechstunden, wie vor der Pandemie in Wolfen-Nord (Bild oben rechts) waren wegen der Corona-Pandemie aber bald nicht mehr möglich, also musste eine neue Form des Austauschs gefunden werden. Statt zu Sprechstunden einzuladen ging der Abgeordnete mit OrtsbürgermeisterInnen durch die Stadtteile und Dörfer.

Diese „Gespräche am Gartenzaun“ haben bereits in Aken, Altjeßnitz, Cochstedt, Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Egeln, Jeßnitz, Köthen, Libehna, Muldestausee, Nienburg, Osmarsleben, Staßfurt und Weißandt-Görlitz stattgefunden. Zentrales Thema vieler

Gespräche mit EinwohnerInnen, Vereinen oder BürgermeisterInnen in der Region sind die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie: Selbstständige wie Arbeitnehmer, Auszubildende wie Rentner, sie alle sind von zum Teil tiefen Einschnitten in ihr gewohntes berufliches, gesellschaftliches und familiäres Leben betroffen.

Die Schilderungen nimmt Korte mit nach Berlin, um mit der Linksfraktion Druck für die von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensausfällen betroffenen Menschen zu machen: Wenn die Bundesregierung ohne mit der Wimper zu zucken Konzernern milliardenschwere Hilfen zur Verfügung stellt, muss sie auch den vielen kleinen Leuten und Selbstständigen helfen, aus der schwierigen Situation herauszukommen.

Erfolgreicher Einsatz für den Kulturpalast



Der damalige „Kulturpalast Wilhelm Pieck“ wurde am 13. Oktober 1954 eingeweiht, seit 2017 wurde vom Abriss geredet. Nun finanziert der Bund einen großen Anteil der Sanierung.

Lange war von Abriss die Rede, jetzt gibt es ein Zukunftskonzept und die Finanzierung für den Kulturpalast. Aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ erhalten die Stadt Bitterfeld-Wolfen und der Investor 4,37 Mio. Euro für den Kulturpalast, mit denen er denkmalgerecht und energetisch erneuert werden soll.

Dass dem Kulturpalast überhaupt eine Chance gegeben wurde, ist vor allem den Bürgerinnen und Bürgern in Bitterfeld-Wolfen zu verdanken. Mit über 2000 Unterschriften für die vom Bitterfelder Arbeitslosenselbsthilfeverein gestartete Kampagne machten sie deutlich, dass das Gebäude zur Geschichte

ihrer Stadt und auch ihrer Familien gehört: Der Bitterfelder Weg wurde hier begründet, Generationen sind hier zusammengekommen, haben schöne Stunden hier verbracht.

Der erste Antrag auf Fördergelder in Berlin scheiterte an der Regierungsmehrheit von CDU/CSU und SPD. Für den zweiten Antrag nahm Jan Korte regionale PolitikerInnen aus CDU und SPD mit ins Boot, schrieb die zuständigen Staatssekretäre an und bat um Unterstützung für das Projekt. Kortess Fazit: „Ich freue mich außerordentlich, dass es nach mehrjährigem Kampf endlich geklappt hat. Manchmal zahlen sich ein langer Atem und Hartnäckigkeit eben doch aus.“

Korte kommunal :



In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Dieses Mal sprechen wir mit Karsten Noack, der für DIE LINKE im Bernburger Stadtrat sitzt.

Seit der Kommunalwahl im letzten Jahr sitzt Karsten Noack für DIE LINKE im Stadtrat von Bernburg, hier leitet er auch den Jugend- und Sozialausschuss. Er ist außerdem stellvertretender Ortsbürgermeister im Ortsteil Peißen.

Korte konkret: Woher kommt deine Begeisterung für Politik?

Karsten Noack: Wer die Gesellschaft aktiv verändern will, muss sich aktiv beteiligen. Das habe ich im Herbst 1989 auf den Montagsdemos erleben dürfen. Als 15-jähriger war ich unheimlich beeindruckt von den vielen Menschen, die alle einen gesellschaftlichen Wandel als Ziel hatten. Dabei lernte ich: Was gestern noch Konsens war, ist morgen den Verlockungen populistischer Parolen gewichen, was ja leider auch heute wieder zu beobachten ist.

In DIE LINKE bin ich 2014 eingetreten, um den gesellschaftlichen Wandel mitzugestalten. In einem Stadtrat mit einer konservativen Mehrheit ist das natürlich eine große Herausforderung.

K.k.: Wie bist du Vorsitzender des Jugend- und Sozialausschusses im Stadtrat geworden?

K.N.: Beruflich bin ich als Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei einem Jugendhilfeträger tätig, da liegt das Interesse

an Sozialen- und Jugendhilfethemen auf der Hand. Unsere Aufgabe ist es hier für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Mit der Kinderstadt „Bärenhausen“, welche seit vielen Jahren durch den Fraktionsverein der LINKEN finanziell unterstützt wird, setzen wir genau an diesem Punkt an.

„Unsere Aufgabe ist es, für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.“

K.k.: Was kannst du im Ortschaftsrat bewegen?

K.N.: Ortschaftsräte verlieren an Attraktivität, weil ihr Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist. Leider werden hier kaum noch Beschlüsse gefasst. Damit bleibt auch dem Ortsbürgermeister nur der Weg sich ständig in Erinnerung zu rufen, um Missstände vor Ort aufzuzeigen. Gerade was die Daseinsvorsorge betrifft, haben wir hier ein echtes Problem. Um zum Arzt zu kommen benötigt man ein Verkehrsmittel, mit dem ÖPNV ist das dann schon mal ein Tagesausflug. Ein klassisches Thema, bei dem wir als LINKE den Finger in die Wunde legen müssen.

So hat Jan Korte abgestimmt:

Umstrittene und besonders wichtige Entscheidungen trifft der Bundestag oft in Namentlicher Abstimmung. Wählerinnen und Wähler können so überprüfen, wie die Abgeordneten ihres Wahlkreises abgestimmt haben. Eine Auswahl der wichtigsten Abstimmungen der letzten Monate dokumentieren wir hier (Stimmverhalten nach Inhalt, nicht Beschlussempfehlung). Eine vollständige Liste finden Sie auf www.jankorte.de/namentliche

17.6.2020 Bundeswehreinsetzung in Libanon Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): Ja

17.6.2020 Bundeswehreinsetzung in Kosovo Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): Ja

14.5.2020 Corona-Aufschlag auf die Grundsicherung Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Nein

24.3.2020 Sofortmaßnahmen für Corona-Hilfen (wie Kurzarbeitergeld) Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): n. teilgen.

9.1.2020 Unterstützung von Wolfsschutzmaßnahmen für Schäfer Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Nein

29.11.2019 Bundeshaushalt 2020 Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): Ja

14.11.2019 Einführung einer Masern-Impfpflicht Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Ja

14.11.2019 Abschaffung des Solidaritätszuschlags Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): Nein

Impressum

V.i.S.d.P.: Jan Korte MdB
Redaktionsschluss: 8.7.2020

Anschrift Büro Berlin
Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100
Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: jan.korte@bundestag.de

Internet: www.jankorte.de
www.facebook.com/jankortemdb
www.twitter.com/jankortemdb
www.instagram.com/jankorte77

			5	9				8
	2	5	4	3	8	1		
3								2
		1	6		9		8	
4						3	5	1
	7		3					
	1							7
7	8	6				4	9	
	5					2		

Korte konkret abonnieren:

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig kostenlos zugeschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte an die rechts stehende Adresse oder eine Mail mit Postadresse an: jan.korte@bundestag.de bitte mit der Erlaubnis, Ihre Daten für diesen Zweck zu Speichern und zu verwenden.

Wenn Sie die Korte Konkret an Nachbarn und Freunde verteilen wollen geben Sie bitte an, wie viele Exemplare wir Ihnen schicken sollen.

Über die E-mail-Adresse können Sie auch meinen wöchentlichen E-Mail-Newsletter abonnieren.

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
jan.korte.wk@bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
stassfurt@jankorte.de